

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussmitglied Ursula Biester
Ausschussmitglied Brigitte Klee
Ausschussmitglied Helmut Möhle

Mitglied SPD-Fraktion

entschuldigt fehlte Nurhayat Bakir
Ausschussmitglied Petra Kolbe
Ausschussvorsitzender Uwe Reese

Mitglied Gruppe Grüne/WBV

Ausschussmitglied Rainer Büscher
Ausschussmitglied Sigrid Linsen-Steiner

Mitglied Gruppe BASU/Hammadi

beratendes Mitglied Al-Chafia Hammadi
Grundmandat Helga Weinstock

Mitglied UWG WHV-Fraktion

Ausschussmitglied Frank Uwe Walpurgis

Vorsitzender des Seniorenbeirates

beratendes Mitglied Peter Berger

Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände WHV

beratendes Mitglied Petra Meyer-Machtemes
beratendes Mitglied Joachim Stasch

Fachbereichsleiter

Fachbereichsleitung 53 Christof Rübsamen
Fachbereichsleitung 50 Jörg Sieberns

von der Verwaltung

Heimaufsicht Dieter Kilian
Abteilungsleitung 50-3 Jörg Schwarz

Protokollführerin

Protokollführerin Susanne Bödeker
als Gast

Geschäftsführerin Andrea Aulkemeyer
Heimleiter des Lindenhof Jörg Bleckwehl
PressevertreterInnen
Mehrere ZuhörerInnen
(u. a. Mitglieder Heimbeirat Lindenhof/Karl-Hinrichs-Stift)

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 26.09.2013
- 4 Mitteilungen und Anfragen
 - 4.1 Asylbewerber aus Syrien
 - 4.2 Sachstand zur Methadonversorgung
 - 4.3 Situation der städtischen Seniorenwohnanlagen und des Wilhelmshavener Pflegezentrums (Sachstandsbericht durch Frau Aulkemeyer, Geschäftsführerin der RNK Senioren-Wohn- und Dienstleistungs-gGmbH und der WPZ Wilhelmshavener Pflegezentrum gGmbH)
 - 4.4 Zollkontrollen in Heimen
 - 4.5 Auslastung der Pflegeeinrichtungen
 - 4.6 Kosten der Unterkunft

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Reese, eröffnete die Sitzung und stellte die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 26.09.2013

Die Niederschrift vom 26.09.2013 wird in der nächsten Sitzung genehmigt.

4 Mitteilungen und Anfragen

4.1 Asylbewerber aus Syrien

Herr Schwarz teilte mit, dass bisher keine Flüchtlinge aus Syrien zugeteilt wurden. Diese hätten ab dem ersten Tag einen Anspruch auf SGB II – Leistungen vom Jobcenter, der auch für die weitere Betreuung zuständig sei.

Frau Weinstock bat darum, eine Sitzung beim Jobcenter abzuhalten, sobald Asylbewerber aus Syrien zugewiesen würden.

4.2 Sachstand zur Methadonversorgung

Herr Dr. Rübsamen informierte, dass die Methadonvergabe seit ca. einem Jahr in den Räumlichkeiten in der Bismarckstr. erfolge. Herr Abelmann habe gehofft, mit dem neuen Standort KollegInnen zu finden, die sich zumindest an Wochenenden oder Feiertagen zu seiner Entlastung mit engagieren würden. Dies sei nur zum Teil der Fall.

Laut der Ärzteauskunft im Internet gebe es 6 Ärzte mit der Qualifikation „Suchtmedizinische Grundversorgung“. Ein Arzt werde dort – trotz Qualifikation – nicht aufgeführt.

Diese Ärzte dürften in der Regel 20 Patienten, auf Antrag 50 Patienten, betreuen. Somit wäre formal eine ausreichende Behandlungskapazität von 140 bis 350 Patienten vorhanden.

Die Patienten verteilten sich nach wie vor fast ausschließlich auf 3 Praxen.

Herr Abelmann habe für 70 Patienten die Zulassung. Er betreue im Moment mehr als 50, wovon 35 täglich zur Methadonvergabe (montags bis freitags um 6.45 Uhr, Wochenende und feiertags ab 10 Uhr) kommen.

Nach wie vor gebe es laut Herrn Abelmann keine wesentliche Kooperation untereinander, lediglich eine Kollegin springe bei Urlaub oder anderweitigen Verhinderungen für ihn ein. Die anderen Kollegen hofften bei Abwesenheit auf seinen Einsatz.

Grundsätzlich könne jeder niedergelassene Arzt ohne Zusatzqualifikation 3 Patienten substituieren.

Diese Patienten müssten einmal im Quartal bei einem Kollegen mit Zusatzqualifikation konsiliarisch vorgestellt werden.

Es gebe 5 Ärzte, die ohne suchtmedizinische Zusatzqualifikation in ihrer Praxis

substituieren.

Die Substitution in Wilhelmshaven sei gesichert, kein Patient müsse nach Oldenburg ausweichen.

Der Dosierautomat zur vereinfachten Ausgabe und Abrechnung der Methadonmengen stehe seit Mai 2013 ungenutzt in der Praxis und könne voraussichtlich erst ab November genutzt werden. Die Inbetriebnahme habe sich verzögert, weil mit jeder betroffenen Krankenkasse eine eigene Vereinbarung zur Nutzung des Automaten bzw. zur Abrechnung der darüber abgegebenen Einzeldosen geschlossen werden musste.

4.3 Situation der städtischen Seniorenwohnanlagen und des Wilhelmshavener Pflegezentrums (Sachstandsbericht durch Frau Aulkemeyer, Geschäftsführerin der RNK Senioren-Wohn- und Dienstleistungs-gGmbH und der WPZ Wilhelmshavener Pflegezentrum gGmbH)

Die Geschäftsführerin der RNK Senioren-Wohn- und Dienstleistungs-gGmbH und der WPZ Wilhelmshavener Pflegezentrum gGmbH, Frau Aulkemeyer, informierte, dass der Rat in seiner Februar-Sitzung im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes beschlossen habe, die beiden GmbHs zu verkaufen. Bei beiden Altenheimen seien die finanziellen Ergebnisse negativ und die Stadt dürfe Verluste in diesem Bereich nicht ausgleichen. Beim Krankenhaus als Einrichtung der Daseinsvorsorge sei dies anders. Man habe im Vorfeld andere Möglichkeiten zur Kosteneinsparung wie Personal- und Sachkosten überprüft und Maßnahmen in die Wege geleitet, die in 2013 zur Verbesserung der finanziellen Situation führen.

Die Eckpunkte einer Vereinbarung würden vor der Veräußerung der Einrichtungen im Rat vorgetragen.

Es sei nun ein strukturelles Bieterverfahren mit öffentlicher Ausschreibung durchgeführt worden, was noch nicht ganz abgeschlossen sei. Gespräche mit den Interessenten erfolgen in Kürze.

Frau Aulkemeyer war optimistisch, beide Heime in Hände erfahrener Betreiber zu bringen. Alle Beschäftigten seien vom neuen Betreiber zu übernehmen, für die BewohnerInnen ändere sich nichts.

Zum 01.10.2013 seien die Nutzungsbeträge unabhängig von den Verkaufsabsichten um 6,90 % angehoben worden.

Es handelte sich um die erste Steigerung im Bereich des Betreuten Wohnens seit 2009. Es mussten u.a. Tarif-, Energie- und Sachkostensteigerungen weitergegeben werden. Außerdem trugen Umbaumaßnahmen und Abschreibungen z.B. für neue Aufzugsanlagen und Blockheizkraftwerke zur Preissteigerung bei.

Kostensteigerungen in anderen Heimen bewegten sich im gleichen Rahmen.

Zur Auslastung teilte Frau Aulkemeyer folgende Daten mit:

186 Plätze der SWD-GmbH:	93,40 % im gesamten Jahr 2012
	93,90 % in den ersten 9 Monaten 2013
48 Plätze der WPZ-GmbH:	96,70 % im gesamten Jahr 2012
	94,20 % in den ersten 9 Monaten 2013

Herr Kilian ergänzte, dass beim Verkauf eines Heimes ein Trägerwechsel erfolge, welcher anzeigepflichtig sei. Die Heimaufsicht habe 3 Monate Zeit zur Prüfung u.a. der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit vor Start des neuen Trägers. Das Personal sei zunächst durch das Arbeitsplatzschutzgesetz geschützt und würde mindestens ein Jahr zu den gleichen Konditionen weiterbeschäftigt.

Bisher habe der Werksausschuss des Krankenhauses den Aufwendungen der Altenheime zugestimmt. Wie der Ablauf nach dem Verkauf sei, stehe noch nicht fest.

Für die Pflegeheime verhandelten die Pflegekassen mit den Trägern der Sozialhilfe Pflegesätze aus. Bei den Investitionskosten sei der Bezirksverband Oldenburg beteiligt.

Auf Frage von Herrn Walpurgis nach den Namen der Interessenten, antwortete Frau Aulkemeyer, dass im noch laufenden Verfahren keine Details genannt werden dürften.

Die bisherigen Investitionskosten für die Altenheime (z.B. für die neue Heizung) würden im Anlagevermögen der GmbH berücksichtigt und gingen nicht verloren.

4.4 Zollkontrollen in Heimen

Herr Kilian berichtete von Kontrollbesuchen in Pflegeeinrichtungen zur Bekämpfung von Schwarzarbeit/illegaler Beschäftigung durch den Zoll, die in den Einrichtungen für Unruhe gesorgt hätten.

Herr Stasch betonte die grundsätzliche Notwendigkeit dieser Kontrollen zur Feststellung, dass die Mindestlöhne eingehalten werden.

4.5 Auslastung der Pflegeeinrichtungen

Herr Möhle fragte nach der Auslastung der Alten- und Pflegeheime. Herr Kilian gab folgende Zahlen bekannt:

In Wilhelmshaven seien in 22 vollstationären Altenpflegeeinrichtungen 1.222 Plätze vorhanden, in Kürze kämen 53 neue hinzu.
Zurzeit habe man eine Belegung von 91 % (71 freie Plätze).

In den 2 Einrichtungen im Altenheimbereich stünden 162 Plätze zur Verfügung, von denen 152 belegt seien.

Die 3 Tagespflegeeinrichtungen mit je 15 Plätzen seien zu 82 % belegt.
17 in Wilhelmshaven ansässige ambulante Pflegedienste versorgten ca. 500 bis 600 Personen.

In 4 Einrichtungen des Betreuten Wohnens seien 249 Wohneinheiten verfügbar.

Herr Kilian warnte vor einem großen Fachkräftemangel.
Seiner Meinung nach seien Heime erst ab einer bestimmten Größe rentabel.

Der mit den Pflegekassen verhandelte Personalkostenanteil sei in Niedersachsen zum Bundesvergleich niedrig.

Herr Stasch plädierte dafür, dieses grundsätzliche Thema mit Fachleuten eventuell in einer anderen Sitzung zu besprechen.

4.6 Kosten der Unterkunft

Herr Sieberns informierte, dass das IWU-Institut zurzeit ein neues Gutachten zu den Miethöchstbeträgen in Wilhelmshaven für den Zeitraum 01.01.2014 – 31.12.2015 erstelle.

Das neue Gutachten werde noch im November erwartet, so dass die neuen Miethöchstbeträge auch ab 01.01.2014 berücksichtigt werden könnten.